

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend
eine jährliche Studie über die Islamisierung und das mögliche Gefahrenpotential in
Oberösterreich**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Landesregierung wird aufgefordert, jährlich eine Studie über die Entwicklung der Islamisierung in Oberösterreich und das sich daraus ergebende Gefahrenpotential in Auftrag zu geben und dem Oö. Landtag vorzulegen.

Begründung

Die schrecklichen Geschehnisse der letzten Monate haben uns vor Augen geführt, dass es nach wie vor bedenkliche islamische Strömungen gibt. Diese stellen eine Gefahr für unsere freie und demokratische Gesellschaft dar. Diese radikalen Tendenzen gefährden das friedliche Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in unserer Gesellschaft.

Bedrohlich und unverständlich erscheint uns Europäern, dass immer mehr Menschen aus unserer Gesellschaft in Krisengebiete aufbrechen, um sich dort an Verbrechen gegen die Menschlichkeit, an Massenmorden oder Vergewaltigungen zu beteiligen bzw. diese zumindest zu unterstützen. Umso bemerkenswerter ist es, wie sehr die Bevölkerung und auch die Entscheidungsträger der Republik von diesen Entwicklungen überrascht wurden. Über 130 Personen sind nach derzeitigem Kenntnisstand von Österreich aus in den Dschihad gezogen. Darunter befindet sich auch eine nicht unerhebliche Zahl aus Oberösterreich.

Völlig unklar erscheinen jedoch die tatsächliche Zahl der Unterstützer und deren Rückhalt in unserer Gesellschaft, aber auch die Tätigkeiten und Verstrickungen von zahlreichen Vereinen und anderen Organisationen. Eine jährliche Studie soll daher die Entwicklung des radikalen Islamismus in Oberösterreich und die sich daraus ergebenden potentiellen Gefahren aufzeigen.

Linz, am 22. September 2014

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Nerat, Klinger, Cramer, Steinkellner, Mahr, Povysil, Schießl, Wall, Lackner